

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Hugo Baumüller, Magdeburg, Verlag von Bernward Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Betzge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrottorstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegblätter) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Grempl. 1.70 Mk., 2 Grempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 erst. Belegblätter. Einzelne Nummern (einschl. der Mittwoch-Belegblätter) 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7539.

Nr. 16.

Magdeburg, Donnerstag, den 20. Januar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Heute so — morgen so!

Die Haltung der Magdeburgischen Zeitung zu dem Rundschreiben des Grafen v. Posadowsky.

(Aus der Magdeburgischen Zeitung vom Sonntag.)

Daß Fälle dieser Art (Terrorisierung) bei den letzten Ausständen vorgekommen sind, wird sich nicht bestreiten lassen. Aber es hat sich wohl nur um vereinzelte Ausnahmen gehandelt, und es bleibt doppelt zu überlegen, ob die Regierung gut daran thut, einen Schritt zu erneuern, der im Reichstage heute so wenig wie 1890 Aussicht auf Erfolg hat und der daher nur der Sozialdemokratie Agitationsstoff für die Wahlen besorgen wird. Heute schreibt der Vorwärts, der an seinem Teil natürlich überhaupt bestreitet, daß ein Mißbrauch des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter stattgefunden habe, daß man dem Proletariat die letzte Waffe im Lohnkampf entreißen wolle und daß der Erlaß eine Wahlparole geben werde, die bei den nächsten Wahlen die ganze Arbeiterklasse um das Banner der Sozialdemokratie scharen müsse.

(Aus der Magdeburgischen Zeitung vom Mittwoch.)

Die Sozialdemokratie stellt sich so, als ob sie von dem strengen Eingreifen gegen den Mißbrauch der im § 153 der Gewerbeordnung verheißenen Rechte überrascht sei. Die Viefelder Rede des Kaisers ließ schon keinen Zweifel darüber, daß man nicht mehr gewillt sei, die Sozialdemokratie sich zur Beherrscherin der wirtschaftlichen Lage machen zu lassen, und die darauf folgenden Äußerungen des Ministers v. Miquel gaben eine verständliche Erläuterung dazu, daß der Staat die Arbeiter im Besitze aller ihnen gesetzlich gewährten Rechte lassen wolle, daß er aber gegen die gewaltthätigen Ausschreitungen der sozialdemokratischen Herrschaftsgelüste energisch Front machen werde. Herr Singer erklärte natürlich den sozialdemokratischen Terrorismus für ein Ammenmärchen. Noch jeder größere Ausstand hat aber die klaren Beweise dafür geliefert, daß die Sozialdemokratie auf die Arbeiter, welche in redlicher Fürsorge für ihre Familien dem Rufe der Führer nicht folgen wollen, in jeder Weise einzuwirken sucht. Wie zahlreich sind die Ausstände gewesen, wenn Arbeitgeber „nicht organisierte“ Arbeiter einstellen oder sich zu entlassen weigerten! Es ist mit Gewerkschaften zu begrüßen, wenn Graf Posadowsky keinen Zweifel darüber ließ, daß die Staatsregierung ihre Macht zur Unterdrückung des von der Sozialdemokratie ausgeübten Terrorismus auch anzuwenden gedenke.

Auf Sonntag bemerkt die Magdeburgische Zeitung, daß es sich bei Ausübung des „Terrorismus“ um „vereinzelte Ausnahmen“ gehandelt hat und warnt deshalb die Regierung vor Verschärfung strafrechtlicher Bestimmungen, die doch nur Agitationsstoff für die Sozialdemokraten bilden werden, und über Nacht ist demselben Blatte die Erkenntnis gekommen, daß gegen die „gewaltthätigen Ausschreitungen“ der sozialdemokratischen Herrschaftsgelüste energisch Front gemacht werden muß. Besser können die Interessen Stumm's nicht vertreten werden. Schließlich wünscht das national-liberale Blatt dem Grafen Posadowsky Glück „zu seinem Auftreten“.

Wir halten es mit der Magdeburgischen Zeitung vom Sonntag und unterstreichen den Satz, daß das Rundschreiben für die Sozialdemokratie Agitationsstoff ist; und derselbe wird noch vermehrt durch die Haltung der Magdeburgischen Zeitung vom Mittwoch. Wir haben ein Schweineglück! —

Wegen Streikvergehens wurde der Handarbeiter Ren aus Romedurg von der Grazer Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Ren hatte gegen Nichtstreikende Beschimpfungen und Drohungen ausgeübt. Koch nicht genug für die Posadowsky und Stumm! —

Parlamentarische Nachrichten.

(Stimmungsbild aus dem Reichstage am 18. Januar.)

Der neue Staatssekretär des Reichsamts des Innern Graf Posadowsky hat auch heute noch nicht sein Gehalt bewilligt erhalten. Sein vom Vorwärts veröffentlichter geheimer Erlaß gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter hat ihm diese Parteinahme verschafft. Der Erlaß stand auch heute noch im Mittelpunkt der ganzen Debatte, ja eigentlich wurde über nichts anderes geredet, als über den Erlaß. Herr von Kardorff nur gab seiner Rede einen weiteren Rahmen: er band den Erlaß natürlich ganz in der Ordnung, er findet auch ein neues Sozialengesetz ganz in der Ordnung und würde auch eine gänzliche Beilegung des Koalitionsrechts der Arbeiter ganz in der Ordnung sein. In das gleiche

Horn stieß Herr Damm von den Nationalliberalen, diesen Vertretern des krassesten Unternehmertums und Graf von Stollberg namens der Konservativen. Gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechts sprachen die Vertreter der beiden freimütigen Gruppen, die Abg. Dr. Schneider und Dr. Pachnide, welche letzterer bei dieser Gelegenheit der von seiner Gruppe schon als Initiativ-Antrag gestellten Antrag auf Beilegung der gegenwärtig noch bestehenden Beschränkungen der Koalitionsfreiheit einbrachte. Provoziert durch die gestrige Rede des Abg. Singer legte auch Abg. Lieber namens des Centrums seine Ansichten über die beregte Frage nieder. Er hat es in der bekannten Weise. Er suchte den Grafen Posadowsky den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Immerhin ließ er durchblicken, daß das Centrum mit dem Erlaß nicht ganz einverstanden sei und wie im Jahre 1891 auch jetzt noch gegen eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit stimmen werde. Genosse Legien vertrat schließlich noch den Standpunkt unserer Partei. Er sprach ruhig und sachlich, ohne trocken und langweilig zu werden. Er, der genaue Kenner des Gewerkschaftswesens, legte überzeugend die Vorzüge der Gewerkschaften dar. Seine Rede gipfelte in dem Ausspruch, daß der beste Schutz gegen die beklagten Ausschreitungen die Heranziehung der Arbeiter zu den Organisationen sei. Wer die Gewerkschaften drangaliere, sei mithin für die Ausschreitungen der Arbeiter verantwortlich. — Am morgigen Schwermistag wird die Beratung des Centrumsantrages (Lex Heinze) fortgesetzt.

Deutscher Reichstag. (18. Sitzung.)

Dienstag, den 18. Januar. (Eigener Bericht.)

Im Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Präsident v. Suol eröffnet die Sitzung nach 2 1/2 Uhr.

Die zweite Beratung des Spezialrats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Rechts): Was wir in die liberalen Parteien hinein, nicht etwa nur in den konservativen Parteien ist man der Ansicht, daß wir dringend eines Schutzes der arbeitwilligen Arbeiter bei Streiks bedürfen, was nicht nötig war, als das Sozialengesetz bestand. Da aber in weiten Kreisen des Volkes eine solche Stimmung besteht, so war die Regierung einfach verpflichtet, Erhebungen anzustellen. Sie hätte diese Absicht keineswegs geheim zu halten brauchen, dann hätte die Veröffentlichung durch die Regierung selbst weit größeren Eindruck im Lande gemacht. — Die Sozialdemokraten führen immer eine fast übermüthige Sprache, daß die nächsten Wahlen ihnen einen großen Stimmenzuwachs bringen würden. Daran hat aber das Fortfallen des Sozialengesetzes Schuld, ferner freilich auch der sozialistische Kurs der Regierung zu Zeiten des Ministers v. Berlepsch, und drittens der schwere Niedergang der Landwirtschaft. Trotz alledem halte ich die Gefahr, die uns von der Sozialdemokratie droht, für nicht so bedeutend. Wir dürfen sie nur nicht so behandeln wie alle anderen Parteien, die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft stehen. Das Christentum, das stark genug war, das alte Heidentum niederzuwerfen, wird auch stark genug sein, das neue Heidentum zu überwinden.

Präsident v. Suol: Es ist ein Antrag vom Abg. Pachnide eingekommen, der die Vorlage eines Gesetzentwurfs fordert, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt. Besonders sollen Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sein, welche die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen betreffen oder Änderungen in der Gesetzgebung herbeiführen wollen. Ferner soll es solchen Vereinen gestattet sein, miteinander in Verbindung zu treten, und 3. sollen sie die zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereine Rechtsfähigkeit erhalten.

Abg. Dr. Lieber (Centrum): Es ist zu konstatieren, daß die entschiedensten Freunde der gesetzlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie auch die eingenähtesten Gegner des Arbeiterrechtes sind. Der Abg. v. Kardorff hatte gegen den Arbeiterjahrs optimist. Als der Abg. Singer uns gestern so hart provozierte, um Stellung in der Frage des Erlasses kundzutun, da wurde ich an das alte Wort erinnert: Kein Reich muß müssen, und auch keine politische Partei muß müssen. Wir sagen hier etwas, wenn wir es für gut und richtig halten, und nicht wenn andere es wünschen. Der Abg. Singer thut so, als ob alle die Schandthaten gegen das Koalitionsrecht bereits beschlagnahmt seien, bis jetzt hat es sich aber doch nur um Erhebungen gehandelt. Gewiß halte ich einzelnes in dem Erlaß für recht bedenklich (Hufe Aha!) aber ich denke, wir werden erst einmal die Ergebnisse der Erhebungen abzuwarten müssen wir zugeben, daß wir nicht eingehen können, was das allgemeine Wahlrecht mit dem Koalitionsrecht zu thun haben soll, welche beiden Institutionen Graf Posadowsky in Verbindung mit einander gebracht hat. Der Geist, der aus den Worten des Erlasses spricht, läßt allerdings daran nicht denken, daß eine Beschränkung des Koalitionsrechts beschlagnahmt ist. Was den Terrorismus der Arbeiter gegen die Arbeitwilligen anlangt, so müssen wir uns unsere Stellungnahme bis zur Vorlegung der Resultate der Erhebungen vorbehalten. Wir halten eine unbedingte Neutralität gegen Arbeitgeber und Arbeiter für absolut notwendig. (Bravo! im Centrum.) Unsere Stellung ist seit dem April 1891, als wir die Änderungen des § 153 ablehnten, bekannt. Wir werden jeder Eindämmung der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten, wenn wir auch zusehen werden, wie man dem Terrorismus gegen Arbeitwillige entgegenzutreten kann. Der beste Schutz gegen den Kontraktbruch liegt in den Arbeiterorganisationen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben kein Recht, auf uns mit Steinen zu werfen. Ihre politischen Freunde sind ja Todfeinde der christlichen Arbeiterorganisationen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wer treibt den meisten Mißbrauch mit der Koalition, die Gewerkschaften oder die sog. Föderation? (Beifall im Centrum.)

Abg. Damm (natl.): Ich finde, daß der Erlaß des Grafen Posadowsky etwas ganz Natürliches ist; das Interesse der Arbeiter kann doch nicht allein entscheidend sein. Auch die Geheimhaltung betrachte ich als durchaus selbstverständlich, keine anständige Zeitung dürfte einen solchen vertraulichen Erlaß publizieren.

Das gewaltthätige Vorgehen der Sozialdemokraten zwingt bei Streiks auch die ruhigen Leute, denselben Weg der Gewalt wie sie zu gehen. Die Koalition'sfreiheit wollen wir aufrecht erhalten, aber ihre Ausschreitungen wollen wir bekämpfen. (Jetzt ist uns klar, weshalb die Magdeburgische Zeitung [siehe den Artikel] ihre Meinung änderte — die Fraktion hat gesprochen. D. Red.)

Abg. Dr. Pachnide (frei. Vg.): Auf den Erlaß des Grafen Posadowsky haben wir einen Antrag eingebracht, der die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit aufheben soll. Es ist Gefahr vorhanden, daß unter dem Vorwande der Bekämpfung von Ausschreitungen die Arbeiter des Rechts beraubt würden, von der Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen. Der Herr Staatssekretär will zwar nicht die Polizei zum Schutz der Arbeiter, wohl aber, wenn es gegen die Arbeiter geht. Nur wenn dem Arbeiter durch das Recht der Selbsthilfe gesunde Ziele gegeben werden, wird die Entwicklung der Sozialdemokratie vom rabulativen Kommunismus zu einer demokratisch-sozialen Partei ungehindert und schnell sich vollziehen. Wir hoffen daher, daß sie unsern Antrag annehmen werden. (Beifall links. Lachen rechts.)

Abg. Graf Stollberg (kons.): Ich glaube, daß wir die Zeit unnütz vergeuden (Heiterkeit und Widerspruch); bei dem Erlaß handelt es sich ja nur um eine Umfrage; wozu also die Debatte? Der Antrag Pachnide ist kein Mittel gegen die Sozialdemokratie; es haben ihn ja Sozialdemokraten mit unterschrieben.

Abg. Dr. Schneider (frei. Volksp.) spricht ausführlich über die Fabrikinspektion und wünscht, daß ihre ausführlichen Berichte den Mitgliedern des Reichstags zugänglich gemacht werden sollen. An Stelle des Minister-Reskripts hätte man wohl besser eine Konferenz der Fabrik-Inspektoren über diese Frage hören müssen. Das Koalitionsrecht muß ausgedehnt werden; auch Frauen sollen an politischen Vereinen teilnehmen dürfen. Durch derartige Maßnahmen wird ein weiteres Wachstum der Sozialdemokratie verhindert, die ja nur der berechtigten Unzufriedenheit ihr Dasein verdankt. Gerechtigkeit gegen den Arbeiter ist die sicherste Politik. (Bravo links.)

(Es folgt die Rede Legiens, die wir ihrer Bedeutung wegen morgen ausführlich bringen. D. R.)

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 19. Januar, 2 Uhr. Tagesordnung: Schwermistag, Centrumsantrag, die sog. Lex Heinze; Antrag Pachnide und Genossen auf Bekämpfung des Sacharins und anderer künstlicher Süßstoffe. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus den Kommissionen.

Die 6. Kommission des Reichstags trat am Dienstag in die Beratung der ihr überwiesenen Novellen ein. Von einer Generaldebatte wurde nach den eingehenden Erörterungen im Plenum Abstand genommen und zunächst die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, welche durch die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs nötig wird, in erster Lesung erledigt. Die von der Regierung vorgelegene Erweiterung des § 14 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welche für das Nachbarrecht die Zuständigkeit der Generalkommissionen zulassen will, wurde abgelehnt. Sodann wurde in die Beratung der Novelle zur Civilprozessordnung eingetreten und diese bis § 49 erledigt. Die Beratungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Zum vertraulichen Erlaß des Grafen Posadowsky wird der Reichstag nicht bloß in den eingehenden Debatten über den Etat des Reichsamts des Innern, die bisher bloß diesen Gegenstand behandelten, Stellung zu nehmen haben, sondern auch in einer Abstimmung über eine von dem Abg. Pachnide (frei. Vg.) gestellte Resolution zum Statut des Gehalts des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern. Dasselbe lautet:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen um die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu eruchen, welcher die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt, insbesondere

a) den § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung dahin abändern, daß Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auch dann erlaubt sind, wenn sie nicht oder nicht nur die unmittelbaren Interessen der sich Verabredenden oder Vereinigenden, sondern auch die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen betreffen oder darauf gerichtet sind, Änderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen;

b) den im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet, mit einander in Verbindung zu treten;

c) den zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen Rechtsfähigkeit zu verleihen, wenn sie den §§ 55 bis 90 des Bürgerlichen Gesetzbuchs genügen.

Der Antrag wird unterstützt durch die Abgeordneten: Auer (Soz.), Dr. Barth, Benoit, Fischer (Soz.), Freje, Gaulte, Gerisch (Soz.), Geier (Soz.), Dr. Goerh, Langefeld, Lorenzen, Lütich, Maager, Meißner (Soz.), Reichshaus (Soz.), Mikert, Schmidt (Berlin V, Soz.), Schröder, Thomsen.

Öffentlich wird die Zusammensetzung des Hauses eine notwendige Abstimmung ermöglichen, damit die Unternehmern-

Rechte und Arbeitseinde jedermann Lande bekannt werden.

Situationsbericht aus dem preussischen Abgeordnetenhaus vom 17. und 18. Januar.)

In preussischen Abgeordnetenhaus begann am Montag die erste Sitzung des Staats. Wieder das Publikum noch das Haus brachten ihr das Interesse entgegen, das in früheren Jahren die Staatsberatung...

Am Dienstag wurde die Staatsberatung fortgesetzt. Die zweite Garnitur der Parteiredner kam an die Reihe. Herr v. Gumbert (nationallib.) schlang sich zu einer gelinden Kritik der Miquel'schen Finanzpolitik auf, die ein Zukunftsrisiko nach dem andern auflege...

Das Auerbeurecht.

Am häufigen an Hab der Zeit mitwärts gedrückt und die Mittelalter zurückgekehrt! heißt es bei der preussischen Regierung. Sie macht bekanntlich allerlei Experimente, um einen kräftigen Bauernstand zu erhalten...

Der Bauer kann, wenn es ihm beliebt, auf die Höhe des Bodens, nach dem Boden: das hat man 1825, 1836 und 1840...

Die Vertheilung des landlichen Grundeigenthums hat ein höchst interessantes Interesse, das sich immer mehr dem landwirthschaftlichen Bereich erweitert und sich der Agrarökonomie nähert...

hatte. Dann mußte das Gut einem der Erben ungeteilt zufallen.

In der Provinz Hannover, wo dies Höferecht seit 1874 eingeführt ist, hatten sich schon in wenigen Jahren 60 Prozent der Grundeigentümer in die Höfrolle freiwillig eingetragen.

Nun getraut man sich freilich nicht, dem Bauern jedes Verfügungsrecht über sein Eigentum über den Kopf wegzunehmen; das wäre ein gar zu tiefer Eingriff in das heilige Eigentum.

Gerade in Westfalen hat man in dieser Frage keine sonderlich guten Erfahrungen gemacht, als man 1836 aus Furcht vor der um sich greifenden Güterflucht ein Auerbeurecht machte...

Alle diese Veruche, die Landwirtschaft künstlich im kleinbäuerlichen Zustande zu konservieren, müssen misslingen. Tullien die Bauerntüter einem einzigen bevorzugten Auerbeurecht zu, dann werden dessen Geschwister um so eher in das bäuerliche Proletariat hinabgesinken...

Werden aber die Bauerntüter unter die Erben aufgeteilt, so zerstückelt man sie in elende Parzellen und schafft dadurch jene unhaltbaren bäuerlichen Existenzen, die jedes Jahr so zahlreich zu Grunde gehen.

Man bedenke auch die Vermehrung der Bevölkerung. Die Bewohner des deutschen Bodens haben seit dem Jahre 1871 um etwa 12 Millionen zugenommen...

Es mag denn gelingen, eine Anzahl Bauerntüter mit pränumeriertem Quartier und hänglichem Erbe, die ohne Auerbeurecht verloren gegangen wären, zu erhalten.

Das ist die große Umpflanzung unserer Zeit. Wenn man das Grundbesitzvermögen eintheilt und die Eisenbahnen...

Die Vertheilung des alten Grundbesitzes geht langsamer vor sich, als die Vertheilung des Grundbesitzes durch den Grundbesitz...

Die Vertheilung des alten Grundbesitzes geht langsamer vor sich, als die Vertheilung des Grundbesitzes durch den Grundbesitz...

Die Vertheilung des alten Grundbesitzes geht langsamer vor sich, als die Vertheilung des Grundbesitzes durch den Grundbesitz...

teste einer Verbrüderung deutscher Arbeiter mit den Chinesen, wie sie in den Parteiblättern hier und da auftaucht, in verblühter Form ablehnt. Die weiteren Auslassungen des Vorwärts sind auch vom bürgerlichen Standpunkt aus ebenso einwandfrei...

Für Kiautschau hatte man die Autorität des Fürsten Bismarck jüngst in der Presse zu verwerthen gesucht. Der Post wurde aus Weimar geschrieben, Fürst Bismarck solle an den Großherzog von Sachsen-Weimar telegraphisch haben...

Der Reichstagsabgeordnete H. Müller, Mitglied der Centrumpartei, hat eine Broschüre mit dem Titel: „Kann die Marinevermehrung vom Reichstage angenommen werden?“ veröffentlicht. Eine klare Antwort giebt auch der Hg. Müller auf diese Frage nicht...

Die Spiritusbrenner der Provinz Sachsen schlossen sich ebenfalls zu einer Spiritusverwertungs-Genossenschaft zusammen. Geplant ist auch ein Zusammenschluß der Provinzial-Genossenschaften.

Aus Breslau berichtet die Volks-Zeitung: Das Schöffengericht sprach den Redakteur der Volkswacht, Neufisch, von der Anklage wegen groben Unfugs, begangen durch den Druckfehler in einer vom Kladderadatsch übernommenen Notiz vom „Stollen baden“, frei.

Der Verkauf der Platzkarten zu den D-Büben hat im Jahre 1896/97 2420131 Mark eingebracht für 1745330 Karten. Bahnsteigkarten wurden 1746436 für 1746489 Mark verkauft.

In Nürnberg erklärte sich eine stark besuchte Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Hütten- und Pinzel-Industrie im allgemeinen mit dem Entwurfe des Reichsgesundheitsamtes zur Verhütung von Milzbrandgefahr einverstanden.

Arbeiterchug — Arbeitertrug.

Zur besseren Orientierung der Genossen stellen wir im Nachfolgenden den jetzigen Wortlaut des § 153 der Gewerbeordnung und den von Graf Pobodomsky gewünschten aus dem Arbeiterchuggesetz von 1890 nebeneinander:

Table with 2 columns: 'Zehiger Wortlaut' and 'Entwurf von 1890'. It compares the old and proposed laws regarding worker contracts and employment conditions.

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Drehfus-Angelegenheit in Frankreich hat eine Bekundung erfahren, deren Charakter und Ziele noch nicht klar erkannt sind, die aber den herrschenden Mächten wohl gefährlich werden kann.

Politische Tagesrubricen.

Die Behauptung des Reichstages über die Vertheilung des Grundbesitzes...

Das Rundschreiben des Grafen Posadowsky.

In der Sitzung des Reichstages am vergangenen Montag kam es zwischen den Sozialdemokraten und dem Staatssekretär Graf v. Posadowsky zu recht interessanten Auseinandersetzungen über das bekannte Rundschreiben des Grafen. Bei der Beratung des Reichsamts des Innern ergriff zunächst das Wort

Abg. Wurm (Soz.):

Redner sagte: Zunächst haben wir Veranlassung, uns mit der Person des neuen Herrn Staatssekretärs und seinem neuen Programm zu beschäftigen. Wir waren auf das, was kommen mußte, zur Genüge vorbereitet. Wir wußten, daß der der gesuchte Mann ist, der jene Rede in die That umsetzen würde, die in die Drohung ausklang, daß man diejenigen, welche die Arbeitswilligen verhindern würden, Arbeit zu verrichten, aufs schwerste bestrafen müßte. Das neue Programm heißt: **Vernichtung der Gewerkschaften, Anhebung der Arbeiter zu Gunsten des Unternehmertums**, das an den reichen Profiten der letzten Jahre nicht genug hat. Und als Probe seiner Anschauungen ließ der Herr Staatssekretär die Worte fallen, daß in einem Lande, in dem das allgemeine, gleiche Wahlrecht bestehe, es weniger nötig sei, die Gewerkschaften zuzulassen — ich hoffe dabei, daß er das geheime nur aus Zufall weggelassen hat. Haben Sie denn nicht die Forderungen, die von den Vertretern der Arbeiter gestellt wurden, nicht gebilligt? Haben Sie nicht statt dessen die Macht, die Sie leider noch besitzen, benutzt, Steuern und Steuern aufzuerlegen? Sie haben nie ein Wort der Mißbilligung gefunden, wenn es Arbeitern unmöglich gemacht wurde, ihr Koalitionsrecht zu gebrauchen. Sie haben den Unfug gebuldet, der mit dem „Groben“ Unfugparagrafen getrieben wurde. Die schlotternde Angst spricht aus den neuen Maßnahmen. Selbst gegen den Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sind Sie vorgegangen. Das ist dem Gefühl entsprungen, daß die nur irgendwie organisierten Arbeiter bessere Löhne verlangen werden. Sie fürchten für die Prozente des Profits.

Was der Herr Staatssekretär über die Gewerkschaften im allgemeinen gesagt hat, hat allenthalben helles Lachen erregt. Sie kommen uns mit dem Märchen, daß die englischen Arbeiter sich gegen die Arbeiter sparenden Maschinen gewandt haben sollen. Das hat ja selbst der Herr Professor Lujo Brentano längst richtig gestellt. Sie, Herr Staatssekretär, verwahren sich gegen den Verdacht, daß Sie die Sozialreform stillstehen lassen wollen. Sie wünschen nur kein Uebermaß polizeilicher Bevormundung, Sie sind mehr für das patriarchalische Verhältnis. Daher haben Sie wohl Ihr Rundschreiben am 11. Dezember, ein paar Tage vor Ihrer Rede, erlassen, das einen unerhörten Streich darstellt, wie er noch nie der Arbeiterschaft zugefügt ist, nicht einmal zu Zeiten Puttkamers. Sie waren sich dessen auch sehr wohl bewußt, daher haben Sie den Erlaß geheim gehalten. Der Erlaß soll der Koalitionsfreiheit ein definitives Ende bereiten; die bisherigen Mittel genügen nicht; jetzt soll die Bewachung der Lohnhöhe u. ein unerlaubtes Mittel werden. Aber wenn die Unternehmer schwarze Listen anlegen, dann sagen Staatsanwalt und Staatssekretär: das ist richtig gehandelt! Die Arbeiter sollen ihre Kollegen nicht mehr auffordern dürfen, keine Streikbrecher zu sein, der Unternehmer darf sich aber ruhig mit seinen Kollegen vereinigen. Und der deutsche Kaiser unterstützt diese Auffassung; in der Fieseler'schen Kaiserrede hieß es noch: Schwerste Strafe dem, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert, jetzt heißt es schon: Einschränkung des Streiks. **Das heißt, die Arbeiter wehrlos machen, sie zu Staatsbürgern zweiter Klasse stempeln.** (Sehr richtig! links.) Zweierlei Maß wird freilich überall vom Regierungstische gewendet. Aber dieser Erlaß übersteigt alles für möglich Gehaltene.

In den Musterwerkstätten der Werften dürfen Ehrlose und sozialdemokratische Agitatoren (diese Zusammenstellung!) nicht angeheilt werden. Aber es werden auch Leute entlassen, die lediglich in Gewerkschafts- (nicht politischen) Versammlungen gesprochen haben. Im Februar 1889 jagte der Kaiser zu Herrn Roskoff, der Arbeiter müßte vor allem das Gefühl der Gleichberechtigung haben, und jetzt, 1898, will man ihm alles nehmen, was dem Unternehmer ohne weiteres gestattet ist. Vielleicht geht es Ihnen, Herr v. Posadowsky, noch einmal so, wie Herrn v. Berlepsch: der Minister a. D. ist zur Einsicht gelangt und spricht in der Sozialen Praxis von dem zweierlei Maß. Das sind beherzigenswerte Worte, besonders für Staatssekretäre (Heiterkeit); ebenso hat der frühere Unterstaatssekretär v. Kottenburg die Koalitionsfreiheit als eine Forderung der Gerechtigkeit bezeichnet gegenüber dem schon schlecht genug gestellten Arbeiter (Hört! hört!) Statt erhöhten Schutzes kommt man jetzt mit erhöhtem Trutz gegen die Arbeiterkoalitionen. (Sehr richtig.) Hoffentlich wird das deutsche Volk da ein Wort mitsprechen, ob die Arbeiterklasse geknebelt sein soll oder gleiche Rechte zu beanspruchen hat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir danken dem Herrn Staatssekretär für die vorzügliche Wahiparole. Mit diesem Manifest werden wir vor die Wähler treten, und ihr Verdikt wird lauten: Weg mit diesem Ministerium, weg mit dieser Regierung! Die Arbeiter sollen nicht Hörige werden, sondern gleichberechtigt sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Wenn der Abg. Wurm mit diesem Manifest vor die Arbeiter treten will, so sollte er uns doch dankbar für den Erlaß sein; ich wundere mich darüber, daß ich nicht zum Ehrenmitglied der sozialdemokratischen Partei ernannt werde. (Sehr gut! rechts. Auf: Lächerlich!)
Vizepräsident Schmidt: Ich habe eben den Auf „Lächerlich!“ gehört. Ich rufe den betr. Herrn zur Ordnung.
Staatssekretär Graf Posadowsky (fortfahrend): Der Erlaß richtet sich durchaus nicht gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die Stelle, die von dem Terrorismus gegen die Arbeitswilligen sprach, ist nur die wörtliche Uebnahme einer Stelle aus der Petition des deutschen Innungsverbandes (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten): die Regierung muß in der That die Arbeitswilligen gegen den Terrorismus schützen; damit verteidigt sie nur die bürgerliche Freiheit (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten). Ich kenne kein größeres Unrecht, als einen Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern (Bravo rechts). Wir werden, wenn dieser Terrorismus nicht aufhört, unsere Macht rücksichtslos gebrauchen (Bravo! rechts). Wir haben keine Angst und werden die notwendigen Maßregeln mit Entschiedenheit durchführen. Die englischen Zustände können uns ein Vorbild nicht sein. Wenn die organisierten Arbeiter bestimmen, wen der Unternehmer zu beschäftigen hat, so ist die Fabrik ja bereits Kollektivbesitz (sehr richtig! rechts). Daß die Maßregeln gegen den Terrorismus notwendig sind, dafür ist der beste Beweis, daß schon jetzt einzelne Gerichte das Ausstellen von Streikposten unter Strafe stellen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Als Frhr. v. Berlepsch noch im Amte war, hat er sich wörtlich auf den Standpunkt meines Reskripts gestellt. (Hört! hört! rechts.) Das Reskript ordnet nur Erhebungen an; es ist nicht publiziert worden, weil die Regierung sich erst im eigenen Schoße klar werden muß, ehe sie Gesekentwürfe ansarbeiten. Was nun die Publikation eines solchen vertraulichen Aktenstückes anlangt, so ist sie nur dadurch möglich, daß ein Beamter den Weg der Treue und Ehre verläßt und zum Verräter an seiner Behörde wird (sehr richtig! rechts), und daß sich Redaktionen finden, die solche unrechtmäßig erworbenen Schriftstücke abdrucken. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß es solche Pressorgane giebt. (Wehe! Das ist der Krieg!) Das kann man nur mit dem Wort bezeichnen: der Fehler ist nicht besser als der Dieb. Wenn Beamte durch unehrliche Handlungen solche Schriftstücke entwenden, so liegt darin eine ernste Gefahr für den Staat. Ich möchte an die ganze anständige Presse den Appell richten, wenn ihr wieder solche Schriftstücke zugehen, mit ihnen so umzugehen, wie es anständige, wohlgezogene Leute thun: sie einfach in den Papierkorb zu werfen! (Lebhafter Beifall rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Späeden (wildkonj.)

Der Staatssekretär Graf Posadowsky hat sich selbst als Feind polizeilicher Bevormundung bezeichnet. Da sollte er auch die Arbeiterorganisation damit verschonen. Die Gewerkschaften würden sich mehr als jetzt als Friedensorganisationen fühlen, wenn ihnen das Korporationsrecht erteilt würde. Die Gewerbegerichte sollten häufiger als Einigungsämter fungieren; ihre Sprüche müßten obligatorisch sein.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.)

Die Freiheit des Arbeiters muß nicht nur gegen Mißbrauch des Unternehmers geschützt werden, viel wichtiger ist noch der **Schutz gegen den Terrorismus der Arbeitsgenossen**. Dieser Schutz muß seinen Ausdruck in der Gesetzgebung finden und nur das hat der Staatssekretär mit vollem Rechte hervorgehoben. Beispiele für solchen Terrorismus giebt es in Fülle. Die Arbeitszustände im Saarrevier, der Hafenarbeiterstreik in Hamburg haben sie geliefert. Arbeitende sind überfallen, verwundet, sogar getötet worden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie mit Ihrem Lachen etwa sagen, daß die Arbeitswilligen auf die Streikenden geschossen hätten? Das wird Ihnen niemand glauben. **Die Organisation wird in vielen Fällen zum direkten Schaden für die Arbeiter, denn die Unternehmer werden durch den Terrorismus der Arbeiterkoalitionen genötigt, sich dauernd zu vereinigen.** Durch die von den Gewerkschaften in Nordamerika angezettelten Streiks ist es dahin gekommen, daß die Arbeiter der Eisenindustrie jetzt nur jooiel Schilling verdienen, wie früher Dollars. Furcht vor der Sozialdemokratie hat weder Graf Posadowsky noch ich. Ich habe schon so viel Drohbrieife erhalten, daß ich mich wirklich wundere, daß ich noch nicht toigeschlagen bin. Was über mich von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) alles angesetzt wird, ist auch derart, daß, wenn es wahr wäre, ich schon längst hätte toigeschlagen werden müssen. (Große Heiterkeit.) Das beirrt mich weiter nicht. **Wir wollen uns freie Arbeiter erhalten und die sozialdemokratischen Agitatoren daran zu hindern suchen, sich von den lauer erworbenen Groschen der Arbeiter zu mästen.** (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Singer (Soz.):

Herr v. Stumm nimmt offenbar jeden dummen Witz für Ernst. Wie kann ein ernsthafter Politiker Drohbrieife irgend wie beachten. Uns Sozialdemokraten erscheint Herr v. Stumm als Agitator für unsere Sache viel zu nützlich.

als daß wir wünschen könnten, ihn bald zu verlieren. (Heiterkeit.) Selbst ein Mandat ließen wir ihm ab, wenn ihn die bürgerlichen Parteien nicht wiederwählen sollten. (Große Heiterkeit.) Herr Stumm schilt über den Terrorismus der Arbeiter, wohl weil er auf diesen Gebiete keine Konkurrenz aufkommen lassen mag. (Sehr gut! links.) Der Terrorismus der Arbeiter ist aber gar nicht vorhanden. Die deutschen Arbeiter beneiden die englischen und amerikanischen Arbeiter um ihr Koalitionsrecht. Ihre Verhältnisse würden sich bedeutend günstiger gestalten, wenn sie englische Koalitionsfreiheit hätten. Koalitionsfreiheit wollen auch Graf Posadowsky und Herr v. Stumm, aber die Koalitionsfreiheit mit dem Galgen daneben. (Bravo! links.) Die Polemik des Grafen Posadowsky war Spiegelschere. Sie wird nicht hindern, daß ihm die nächsten Wahlen die Quittung für den Erlaß ausstellen. Ich habe immer das Gefühl stiller Heiterkeit, wenn die Herren vom Bundesratstische sittliche Entrüstung zeigen. Sollte der Herr Posadowsky als früherer Schatzsekretär niemals von den geheimen Regierungsfonds zu Spionagezwecken gehört haben? Wie ist es bei solcher sittlicher Qualität nur möglich, daß die Regierung solche Gelder fordert, und die Herren von der Rechten sie bewilligen? Wissen wir nicht aus dem Ausschussprozeß, daß die Polizei Geld dafür bezahlt, um Aktenstücke zu lassen? Erinnern Sie sich doch des Falles Antoinette in Metz, des Falles Gessien! Unter solchen Umständen können doch die Äußerungen des Regierungsvertreters nicht für ernsthaft gehalten werden. So will ich denn auch Herrn Posadowsky mit aller Ruhe und Deutlichkeit sagen, daß die Redaktion des Vorwärts jedesmal mit großem Vergnügen die Veröffentlichung solcher wichtigen Aktenstücke übernehmen wird. Wenn sie in ihnen einen Angriff auf die zahlreichste Klasse der Bevölkerung findet, so erfüllt sie nur ihre Pflicht, wenn sie solche Aktenstücke rechtzeitig veröffentlicht. (Sehr richtig!) Auch ich will mit einem Appell schließen. Ich appelliere an alle anständigen Minister, nur solche Erlasse in die Welt zu schicken, die das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Was den Erlaß selbst betrifft, so ist er ein tüchtiger, hinterlistiger Schlag gegen die Arbeiterklasse. Herr Posadowsky hat nach der Begründung, daß es vom Innungsverband beantragt war, Verschärfungen einzuführen, sich zum Kommiss des Unternehmertums erklärt. Das Eintreten des Herrn von Stumm ist der beste Beweis dafür. Die Unfallversicherungsnovelle ist dem Reichstage nicht wieder vorgelegt worden, weil der Verein der Industriellen erhebliche Einprüche gegen dieselbe erhoben hat. Ein besseres Zeugnis, daß die Regierung im Dienste der Unternehmer steht, könnte uns nicht gegeben werden. Der jetzige Erlaß ist die in die Erscheinung tretende Abkommandierung des Herrn von Posadowsky vom Arbeiterschutz zum Arbeitertrug. Es ist notwendig, die Stellung der Parteien hierzu kennen zu lernen, besonders die des Centrums. (Abg. Singer: Das wird geschehen!)

Es wird von der Notwendigkeit gesprochen, den Terrorismus der Arbeiter zu brechen. Haben Sie schon je von Seiten der Regierung oder den Konservativen gehört, daß es notwendig sei, den Terrorismus der Unternehmer zu brechen (Sehr richtig!), sie an der Bildung von Syndikaten, Kartellen, Trusts zu hindern, die es ihnen ermöglichen, auf die schamloseste, niederträchtigste Weise Arbeiter auszusüßeln? Schwere Strafen gegenüber dem sog. Terrorismus der Arbeiter haben Sie schon heute in den Paragrafen des Strafrechtbuchs über Nötigung, Erpressung, Beleidigung. Lesen Sie nur die Urteile in den Arbeiterzeitungen! Herr Posadowsky meint, daß Koalitionsrecht sei bei uns nicht so notwendig, wir hätten als Ersatz das allgemeine Wahlrecht; wo aber bleiben die Hunderttausende von Frauen, die in der Industrie beschäftigt werden? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowsky spricht davon, es handle sich nur um Erhebungen. Wir wissen aber, daß alles was die Regierung in Sachen Sozialreform thut, zur Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse beiträgt. Wir haben kein Vertrauen mehr zur Regierung, seitdem die Besetzung der Ministerstellen von den Unternehmern abhängt, und der Arbeiterschutz auf Spaziergängen vorbereitet wird, auf denen Herr v. Stumm vortragender Rat ist. (Sehr gut! links.) Wenn die Regierung glaubt, solche Gesetze der Reichstag vorlegen zu dürfen, so ist das eine Beleidigung der Parteien, denen es um den Arbeiterschutz ernst ist. Wir hoffen, diese Parteien werden sich nicht dazu mißbrauchen lassen, dem Unternehmertum Lakaiendienste zu verrichten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident v. Bülow rügt die Ausdrücke „Lächerlich“ und „Lächerlich“ die der Abg. Singer in Bezug auf eine Amtshandlung des Grafen Posadowsky gebraucht hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Wenn Herr Singer erklärt, der Vorwärts werde auch in Zukunft alle darrartigen Erlasse publizieren, so ist das ein Aufruf an alle Beamten, ihren Dienst zu brechen; wenn Herr Singer mich einen Kommiss des Unternehmertums genannt hat, so stelle ich mich unter den Schutz des Präsidenten. Die Bemerkung des Herrn Singer über die Einleitung von Regierungskommissionen zu Versammlungen der Unternehmer in Sachen der Unfallversicherungsnovelle, beruht

Wunsch lag ja so nahe und es ist ja so verzehrend, sich der schönen Sommerabende im Freien auch erfreuen und um Winterarbeiten beim gemüthlichen Beisammensein das Familienleben pflegen zu können.

Diejenigen Angestellten, welchen bereits eine, wenn auch nur kurze Erholungszeit gewährt worden ist, werden gewiß ihren Herren Prinzipalen dankbar sein, durch besondere Aufmerksamkeit das Interesse des Geschäfts jederzeit wahrzunehmen und ihre freie Zeit gern zur Weiterbildung ihres Geistes benutzen.

Die Erkenntnis, daß es nötig ist, das jeder Mensch wenigstens während einiger Stunden des Tages sich seiner persönlichen Freiheit bewußt werde, wird und muß zum Wandel im alten Brauch führen.

Zugegeben muß werden, daß, um zum 8 Uhr-Abend-schlaf übergehen zu können, ein sogenanntes Uebergangs-Stadium eintreten muß.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Oeffentliche Maurer-Versammlung.

(Ausführlicher Bericht.)

Schon um 1/8 Uhr hatte sich der große Saal des Duffenpart dicht gefüllt; etwa 14—1500 Maurer diskutierten privatim über die zu verhandelnde Angelegenheit. Und die öffentliche Diskussion zeigte, daß die Maurer mit hohem Ernst die Sache behandelten. Der Bekanntheitsmann der Maurer, Schoch, gab zunächst einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Differenzen auf der Bionierfabrik. Nach seinen Ausführungen ist der Sachverhalt der folgende: Auf der Kaserne die Arbeiter erjuden ihn aber darum. Der Arbeiter ging zur Polizei, frug dort ansehend, ob er verpflichtet sei, der Organisation beizutreten. Er erhielt einen Schein, auf Grund dessen er die Arbeit wieder begann. Das Ergehen der Arbeiter, keine unorganisierten Arbeiter zu beschäftigen, lehnte der Unternehmer ab, worauf die Arbeiter die Arbeit einstellten. Der Arbeitgeberverband machte die Sache zu der seinigen und überlieferte den Lohnkommissionen der Bauarbeiter, Zimmerer und Maurer folgenden Schreiben:

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung sind die Arbeiten auf der Bionierfabrik in der Friedrichsstadt niedergelegt. Die Vermittlungen zur Aufnahme der Arbeiter sind erfolglos geblieben. Falls jene Arbeiten nicht bedingungslos am 19. Januar früh 8 Uhr aufgenommen werden, wenn es die Witterung gestattet, sehen wir uns genötigt, bis auf weiteres sämtliche Arbeiten im Arbeitergeber-Verbande (soll wohl heißen: auf Bauten, die von Mitgliedern des Arbeitergeber-Verbandes ausgeführt werden. Red.) vom Freitag, den 21. d. M. ruhen zu lassen.

Der Vorstand des Arbeitergeber-Verbandes des Maurer- und Zimmerer-Gewerbes zu Magdeburg.

A. Döttinger.

Da durch das Fehlen der Bauarbeiter den Maurern das Arbeitsmaterial fehle, mußten sie auf Gehalts des Bauers ebenfalls mit Arbeiten ausbleiben. Nach Bekanntgabe dieses Sachverhalts erfolgte eine über vier Stunden währende Debatte. — Bevor die Lohnkommission ihre Stellung klarlegte, sprach sich auch Redner gegen eine „bedingungslose“ Wiederaufnahme der Arbeit aus. Ihre Ansicht war folgende:

Sie erklärten sich mit den Arbeitern solidarisch, da sie deren Handeln billigten. Sie verwunderten sich, daß die Maurer nicht sogleich die Arbeit mit eingestellt hätten. (W. rief ein: Wir haben gemäß Beschluß der Lohnkommission gehandelt.) Der Arbeitgeber-Verband will der Maurer-Organisation einen Stoß beibringen. Würden wir uns eine solche Behandlung bieten lassen, dann wäre die Organisation gefährdet. In der Organisation gäbe es noch viele Mitglieder, welche unwillig sind. Würden wir unorganisierte ruhig mit uns arbeiten lassen, dann wäre die Folge ein Abhängen anderer Mitglieder von der Organisation. Wenn wir uns das bieten lassen, dann kommen noch mehr Angriffe. Mit dem Schreiben des Verbandes könne man sich nicht auseinandersetzen. Es solle hier nur einmal die Machtprobe gemacht werden. Diese müßten die gut organisierten Maurer bestehen. Wir haben die Absicht, alles zur Stärkung der Organisation zu thun, da unser Ideal eine große, vollkommene Organisation ist. Mit unorganisierten Kollegen dürfen wir nicht zusammen arbeiten, da den jetzigen Arbeitskreis nur die organisierten Kräfte der Organisation sichern können. Und wer von den Freidenken der Organisation getrennt will, muß die Organisation auch verlassen. Beschlässe wollen wir aber hier nicht fassen. Warten wir ab, was die Bauarbeiter beschließen. (S. stellt einen diesbezüglichen Antrag.)

Die Lohnkommission erklärte sich wie folgt: Wir sind der Ansicht, die Unternehmer wollen jetzt zu einer ihnen günstigen Zeit etwas gegen unsere Organisation unternehmen, um uns zum Frühjahr loszusagen. Kommt es zum Streit bezw. Sperrung, muß auch eine Forderung gestellt werden. Die Folge wäre, daß die letztere auch ein Meister, die nicht dem Verband angehören, gestellt werden. Es läge nun Generalstreik. Die Verhältnisse gestalten heute einen solchen nicht, sie sind zu Gunsten der Unternehmer, welche uns leicht acht Wochen ausperren können. Erst dann der harte Winter ein, wird die Forderung der Unterstützung ausfallen müssen. Die Folge ist ein Abhängen vieler Kollegen. Und eine Kontrolle fehlt. Die Unternehmer wollen uns nur die Organisation gefährden. Das wollen wir nicht. Und wir verstehen es, wenn wir nicht heute (wo wir unterliegen werden) sondern in einer uns am geeignetsten erscheinenden Zeit auftreten. Wir raten vom Generalstreik ab. Bei einem Streit heute hätten wir es nicht mit schlechten Verhältnissen, nicht nur mit vielen Arbeitslosen, nicht nur mit einer ausgehungerten Kolonnenkraft zu thun, sondern auch mit Unternehmern und Polizei. — Als Beispiel führt der Sprecher der Lohnkommission ein Beispiel an, wofür die gut organisierten Maurer trotz günstigerer Verhältnisse und größerer Forderung den Kampf aufgeben mußten. Der Grund, aus dem wir in einem Generalstreik eintreten würden, ist ein zu geringer. Schon allein bei diesem Grunde wäre ein Eintreten in den Kampf mit Streikverbot nicht möglich. Unsere Organisation ist noch sehr jung. Wir müssen zunächst noch rein materielle Forderungen verfolgen, ehe wir zu idealen übergehen. Diese müßten uns nicht erst hierzu. Wir warnen nochmals vor dem Generalstreik!

Es folgen drei Redner gegen die Lohnkommission-Ansichten. Sie wiederholen zum Teil das, was vordem gesagt wurde, und fügen noch hinzu: Was wollen wir thun, wenn morgen die Bauarbeiter sich für den Streit erklären? Wollen wir dann uns nicht solidarisch erklären über den heute zu fassenden Beschluß eventuell nicht anerkennen? Denn wir heute also keinen Beschluß.

Mitglieder der Lohnkommission erklären daraufhin: Man kann nicht immer einer Person wegen in einen so schweren Kampf eintreten. Wie man sich nur von Gehälten leiten, wäre es schlecht bestellt. Der Verband muß leiten. Zunächstlich gestatten die Verhältnisse der Streit nicht. Die Kammeridee ist nicht im Ausschlag, sondern im Uebergang begriffen. (Bei Begründung dieser Thatsache greift Redner aus zum schon Gesagten zurück.)

Drei Bauarbeiter greifen in die Debatte ein: Die Arbeiter auf der Kaserne seien zuerst nicht gewillt gewesen, einen solchen Generalstreik zu unterstützen; aber ausreichend wollen sie das erhalten, was sie bisher erlangen haben. Zwei von den Rednern erwidern, einen Streik zu fassen, bevor nicht die Arbeiter getagt haben. Der dritte Bauarbeiter stellt sich auf dem Grundriss der Lohnkommission der Maurer.

Daraufhin erhält der Generalbevollmächtigte des Verbandes der Maurer, Fömelburg-Hansburg, das Wort. Er unterstützt die Ansichten der Lohnkommission. Nach Reproduzierung einer Reihe bereits erwähneter Gedanken sagt er: Dem organisatorischen Standpunkt kann man es nicht verdenken, daß Arbeiter ihrer Arbeitsstätte so ohne weiteres etwas unternehmen, bei dem es Tag und Nacht in der Öffentlichkeit gezogen wird. Man solle zuerst stets den Sachver-

der Verhandlung abwarten. Ein Mann, der aus seinem Interesse die Organisation nicht betrachtet, der ist kein Mann, der die Organisation beizutreten. Einige Elemente, welche nicht der Organisation, tragen nicht zur Erhöhung des allgemeinen Wohls in der Organisation bei. In solcher Weise soll man nicht vorgehen. Auch erinnere ich die Leser der Volkstimme an das vertrauliche Schreiben des Grafen Posadowski. Halten wir uns im Rahmen des Gesetzes, sonst schädigen wir uns. Ich bin wohl für den Kampf, aber nur, wenn er Aussicht auf Erfolg hat. Und diese Aussicht ist heute nicht da. Die Lohnkommission hat das bereits begründet. Einzufragen will ich noch: die Bantzen drängen nicht. In Städten der Provinz Sachsen von 4—10 000 Einwohnern wird bereits seit Monaten nicht gearbeitet. Dort herrscht Arbeitslosigkeit. Die Bantzen sind also leicht zu erregen. Und wenn die Maurer erregt sind, sind auch bald die Arbeiter erregt. Weiter ist Thatsache, daß bei mildem Winter, in dem heute gearbeitet wird, das Baumaterial aufgebraucht wird, so daß im Frühjahr wegen Mangel an Material viel gestreut werden muß. (Im Winter arbeiten die Bantzen nicht.) Ferner ist die Forderung, daß die Arbeiter die Forderungen nicht abgeben. Da kann ich keine besten Willen zum Streit raten. Würde ich es, dann würde Sie mich wohl loben, wenn aber der Streit bestanden geht, als Gallunten bezeichnet, da ich so leichtfertig war, zum Streit zu raten. Er hofft, daß morgen die Arbeiter im Interesse der Organisation den Streit nicht beschließen werden. Dann empfiehlt er die gestern bereits veröffentlichte Erklärung.

Es sprechen noch ein Bauarbeiter (der dafür eintritt, daß ein Beschluß nicht gefaßt wird), ein Mitglied der Lohnkommission (das nochmals die Stellung der Lohnkommission rechtfertigt) und Bionierhitz, welcher an der Hand von Ereignissen in Erfurt u. a. D. als tatsächl. Aug die Annahme der Erklärung bezeichnet. Dasselbe wird denn auch, wie berichtet, mit großer Majorität angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die erste Mitglieder-Versammlung im neuen Jahre der **Allgemeinen Arbeiter-Verbands**, welche am Sonntag, den 8. d. M., im Weissen Hirsch-Kaffeehaus, war sehr gut besucht. Das Referat zu dieser Versammlung hatte Kollege Friesen übernommen und hatte sich derselbe das Thema: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen und die Kampfe der Arbeiter“ gewählt. Redner schilderte in eingehender Weise, wie der Friede auf Erden aussieht und welches Wohlgefallen die Menschen zu einander haben. Auch charakterisierte er die heutige Weltordnung, welche er-möglicht, daß eine kleine Minderheit im Ueberflusse schwebt, während die große Masse von Arbeitern, welche doch alle Werte schafft, nicht das notwendige zum Lebensunterhalt hat. Bei den Kämpfen, welche die Arbeiter beizutreiben Bestrebungen ihrer Lage führen, sehen wir, daß gerade Leute, die die Worte: „Friede auf Erden“ usw. immer im Munde führen, diejenigen sind, welche den Arbeiter auf jede Art und Weise niederzuknien suchen, ihm das Koalitionsrecht zu rauben, ihn immer mehr macht- und rechtslos zu machen suchen. Da nun unter diesen Verhältnissen von einem Frieden auf Erden keine Rede sein kann, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich der Organisation anzuschließen und immer neue Mitglieder zu werben. — Hieran schloß sich der Gewerkschaftsbericht des Kollegen L., welcher sich des längeren über den Kampf der englischen Maschinenbauer verbreitete. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 5. Februar statt und sehr zu wünschen, daß auch diese Versammlung ebenso zahlreich besucht wird.

Am Donnerstag den 13. Januar fand im „Drei Könige-Bund“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung der **Safener Arbeiter und Schiffer** statt. Reichstagsabgeordneter H. Paus hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was ist ein klassenbewußter Arbeiter?“ Zum Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Lebenslage im Schiffergewerbe“ sprach Kollege Dedert. Er verstand es, in Folge seiner langjährigen Erfahrungen als Elbarbeiter die Mißstände im Schiffergewerbe, sowie die traurige Lage der Kleinschiffer und Bootleute darzulegen. Derselbe forderte die anwesenden Arbeiter und Schiffer auf, sich ihrer Organisation anzuschließen als einziges Mittel zur Besserung ihrer Lage. Nachdem noch ermahnt wurde, daß es Pflicht eines jeden sei, die Volkstimme zu lesen und zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 13. Januar tagte im Saale des „Blauen Hirsches“ Berlinerstraße 30/31, eine überaus stark besuchte **Protestantische Versammlung der Bäcker und verwandten Berufsgruppen** gegen die Beschließung des Maximalarbeitsstages im Bäckergewerbe. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Referent, Kollege Almann, übte in seiner einflussreichen Rede an dem Beschluß der Junglings-Sprechstunde mit allen Möglichkeiten erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen den Maximalarbeitsstag ins Zeug legen, eine geradezu vernichtende Kritik. Der starke Besuch der Versammlung, so führte er aus, sei ein Beweis dafür, daß es den Bäckergewerkschaften ernst sei, an dem von der organisierten Gewerkschaft nach langen Kämpfen erzwungenen Maximalarbeitsstages festzuhalten. Der interessante Vortrag über die Verhältnisse unter den Besammelten hervor und erbat ein einträgliches Appell zur Gründung einer Organisation. In der Diskussion kamen interessante Fälle zur Sprache; auch die Magdeburger Polizeibehörde machte es nicht so genau mit der Durchführung des Maximalarbeitsstages. Ferner wurde das Verhalten der Bäckereigenen resp. des Junglings-Sprechmeisters betreffs des Arbeitsnachweises scharf kritisiert. Es wurde nun noch laut Antrag eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt, welche die Beschwerden der Kollegen entgegennimmt, durch ihre Zusammenkünfte dieselben zum Ausdruck bringt und weitere Versammlungen einberuft. Die Versammlung schloß mit einstimmigem (ein Gegner hatte sich überhaupt nicht zu Worte gemeldet) nachstehendem Protest-Resolution an und endete mit einem Hoch auf die Bäckergewerkschaft. An den hohen Bundesrat! Die am 18. Januar 1898 in Magdeburg im „Blauen Hirsche“, Berlinerstraße Nr. 30/31, verammelten über 20 Bäckergewerkschaften in den hohen Bundesrat das Ergehen, keine Abänderung der Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1896 (betreffs der Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien) vornehmen zu wollen, ersuchen vielmehr, daß man, nachdem die Verordnung bereits 1 1/2 Jahre in Kraft ist, die Bäckereien angewiesen werden, dieselben voll zur Durchführung zu bringen, was nur erreicht werden kann durch zähere und gründlichere Revisionen der Bäckereibetriebe und strengere Strafen der reitenden Bäckereimeister. Die Gewerkschaft ist u. a. e. einm., daß die Meister sich auch viel eher an die Verordnung gehorchen werden, sobald eine schärfere Handhabung der Kontrolle seitens der Behörden pflichtig ist. Wenn die Meister behaupten, daß durch die Verordnung hauptsächlich die kleineren Bäckereien schwer geschädigt würden, so ist dies als leeres Gerede zu betrachten, denn die Erzeugnisse durch die Kommission für Arbeiterarbeit haben zur Genüge bewiesen, daß gerade die kleinen Bäckereien in ihrer Notlage eine härtere als 12 stündige Arbeitszeit haben, also auch gar nicht von der Verordnung betroffen werden. Größere Bäckereien haben sehr leicht durch Einführung der Doppelsticht oder besser rechtliche Einrichtung ihrer Betriebe (Erklärung eines weiteren Bäckers) sich dem Gesetze anpassen können, und kleinere Betriebe helfen sich durch andere, zweckmäßigere Festlegung von Beginn und Ende der Arbeitszeit, indem nicht alle Arbeiter zu gleicher Zeit die Arbeit beginnen und vollenden, sondern einige später, als die übrigen damit beginnen und dann auch, wenn letztere nach Verlaß von 12 resp. 13 Stunden Arbeit, die Arbeit verlassen, erstere noch die übrig gebliebene Arbeit vollenden müssen. Von einer wirtschaftlichen Schädigung der Bäckereimeister durch die Verordnung kann somit keine Rede sein; die Gesundheit der Arbeiter aber erfordert eine genaue Durchführung der Verordnung, wenn bei längerer als 12 stündiger Arbeitszeit würde dieselbe unbedingt schweren Schaden leiden, wie dies auch in dem Gutachten des Reichs-Gesundheitsamts treffend hervorgehoben wird. Der weitere Durchführung der Verordnung würde sich das Verhältnis zwischen Meister und Gehilfen bedeutend bessern, weil dann Streikführer wegen der Dauer der Arbeitszeit nicht mehr vorzuziehen würden. Durch eine Änderung der Verordnung aber würde dies Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nur schweren Schaden leiden, denn die Gehilfen in den meisten Gewerkschaften würden dann alles versuchen, um die übermenschlich lange Arbeitszeit zu verkürzen.

Unterhaltungsblatt.

Der Bauernführer.

Von dem Herrn H. H. H.

„Herrn Bauernführer, was die Reize des Wankens, mit hohen geschlossenen Augen kann er nicht vor sich hin. Die Reize, daß Schmitt überhaupt in die Lage gekommen ist, in dem Centen Wahlbezirk ein Verfassungskomitee zu bilden, hatte sein konservatives Empfinden, das mit der Nähe des Wahltages immer angeprägter wurde, auf schwache Beine. Er hatte so sicher geglaubt, die liberalen Ideen in seinem Wahlbezirk ausgemerzt zu haben, daß ihm die Wankensfeier, für Dienstag sei eine liberale Wählerversammlung im Bahnhofs-Restaurant zu Wiesenau angesetzt, außer sich gebracht hatte. Sein sofortiger Versuch, den Wank zu verhindern, die Vergabe seines Votals zurückzunehmen, war erfolglos. „Sie wissen, ich kümmer mich nicht um Politik; aber meine Güte sind liberal, sie wünschen die Vergabe des Votals, und ich kann sie ihnen nicht abschlagen.“

„Lerner war wütend und ließ den Genbarm rufen. „Ich lege Ihnen aus Herz: bei dem geringsten Lärm schließen Sie die Versammlung.“ „Für Lärm will ich schon sorgen lassen,“ dachte Lerner. Außerdem hatte er bei dem anderen Genbarm in Wiesenau den Saal für denselben Abend bestellt, um sofort nach der Auflösung der liberalen Versammlung eine neue, konservative dort abhalten zu können. Die heutige Besprechung Dr. Jonathan Weichsels bestärkte ihn in seinem Vertrauen, daß die liberale Sache in Centen eine gründliche Absicht erhalten würde.

Das Gerücht über kommender Schritte rief ihn aus seinen Gedanken.

„Hallo, Doktor! ... kommen wie gerufen. Weichsels hat zugesagt!“

Dr. Kessel trat näher und setzte sich ohne weitere Umstände auf die Bank.

„Dann heißt es also flott an die Arbeit gehen. Heute haben wir Freitag; die Zeit ist kurz.“

„Wozu arbeiten?“ entgegnete Lerner erstaunt. „Mit dem Häuschen Schmitt werden wir schon fertig. Die Majorität steht doch zu mir.“

„Ich bin nicht so optimistisch. Die Bauern können Ihnen die Niederlage in der Fabrik noch nicht vergessen; sie stehen geschlossen zu den Liberalen. Die Arbeiter der Grube und Ihre Tagelöhner müssen allerdings für Sie sein, aber ich fürchte, der Rest neigt zu den Liberalen. Auch Sozialdemokraten soll es massenweise geben. Also denken Sie sich die Sache nicht so leicht. Die konservative Majorität war nie eine große im Wahlbezirk und einige hundert Stimmen mehr über weniger können den Ausschlag geben.“

„Sie sind ein Angstmeier, Doktor! Ich glaube nicht an Ihre liberalen Arbeiter, am wenigsten an die vielen Sozialdemokraten, von denen Sie träumen; mit denen würde ich kurzen Prozeß machen. Das letzte Mal hatten sie ganze sechs Stimmen, und zwei Dukaten Kerle habe ich seit der Zeit mit Weib und Kind, mit Saal und Bad aus meinem Wahlbezirk gejagt, unter denen die sechs bestimmt gewesen sind.“

„Ich habe jedem vor allen Leuten gesagt: „Du gehst weiter Weg, weil Du sozialdemokratisch gewählt hast, weil ich nur Leute gebräutet kann, die ehrlich, patriotisch und christlich, d. h. konservativ sind.“ Und glauben Sie mir, Doktor, diese Grube haben gewirkt. Außerdem haben unsere Stimmzettel diesmal eine hübsche, weiße Farbe, eine konservative Nuance, und wehe dem Kerl, der diese Farbe am Wahltage nicht lieb hat!“

„Sie müssen mir schon gestatten, Herr Lerner, daß ich dieses Verfahren nicht für klug und auch nicht für durchaus probat halte. Das bloße Hauschmeißen hat keinen Zweck, wird auch illusorisch, wenn die Zahl der rüchigen Schafe zu groß wird. Arbeiter müssen wir doch haben und dann, müssen Sie, ob Sie anstatt der rüchigen Schafe nicht Wölfe als Ersatz bekommen? Ich bin mehr für ein diplomatisches Vorgehen, meinwegen können Sie es auch demagogisch nennen. Mein Plan ist, die Leute da, wo sie am empfindlichsten sind, an ihrer sogenannten Ehre und am Geldbeutel zu fesseln, um sie gegen die Liberalen anzuhaken. Morgen ist Wahltag. Legen Sie Ihren Leuten ein paar Groschen Lohn zu; nach der Wahl werden sich schon Mittel finden, die Sache rückgängig zu machen. Gleichzeitig lassen wir verbreiten und zwar eilig verbreiten, der Süßmilch hätte gesagt, ein Arbeiter brauche nur Kartoffeln zu fressen und könne bei fünf Mark Wochenlohn noch drei sparen, wenn er kein Käufer sei. Ich garantiere Ihnen für den Erfolg dieser Propaganda, wenn wir am Versammlungsabende und am Wahltag mit dem Freiberger nicht gehen. Der Süßmilch und seine Botschaft werden dem Schöpfer danken, wenn sie mit gesunden Gliedern nach Hause kommen. Was sich das Gefindel für uns untereinander die Köpfe blutig hauen; was brauchen wir uns hineinzumischen? Wir, die wir die Partei der Ordnung vertreten, haben das Recht, die vaterländische Sippe mit dem Knüttel zur Reue zu bringen. Wenn die Feinde von Religion, Sitte und Ordnung ungerufen unseren Frieden stören, müssen wir uns unserer Haut wehren. Ich bin für starke Mittel, da mit ihnen das Wiederkommen gründlich vertrieben wird.“

„Da hätte ich den Weichsels ja eigentlich gar nicht nötig!“

„Wenn Sie nicht Vertrauen in mich gesetzt hätten, Herr Lerner, würden Sie mir die alleinige Durchführung der Propaganda überlassen haben. Es scheint aber, als ob ich bald zu jenen Mohren gehören dürfte, die ihre Schuldigkeit getan haben.“

Lerner war über die plötzliche Wendung, die das Gespräch genommen hatte, nicht wenig erstaunt.

Auch Kessel sagte, daß er zu weit gegangen war. Aber seit einigen Tagen war sein Entschluß gefaßt; er wollte nicht länger den gutbezahlten Soldner Lerner spielen, sondern Ledwigs Hand oder seinen Abfchied fordern.

Als Lerner schwieg, fuhr Kessel fort. „Sie wissen, Herr Lerner, wie sehr ich Ihnen ergrübe.“

